



NACHRICHTEN

Informationsblatt der steirischen KPÖ Österreichische Post AG/Postentgelt bar bezahlt RM 18A041515 E AufgabePA: 8720

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Alkoholverbot Hauptplatz
- 0 Antrag Airpower
- 0 Motorikpark
- 0 Fassadenfärbelung

Ab 1. April: Kein Ärztenotdienst zwischen 0:00 und 7:00 Uhr KPÖ: Nein zur Ausdünnung der Ärztenotdienste!

Ab 1. April gibt es gravierende Änderungen im ärztlichen Bereitschaftsdienst unserer Region. Dass überhaupt Änderungen bei den Ärztenotdiensten geplant sind wurde der breiteren Öffentlichkeit lange verschwiegen. Erst infolge einer Diskussionsveranstaltung der KPÖ zum Thema Gesundheitswesen wurden die Pläne öffentlich angesprochen.

Was ändert sich?

Ab 01. April wird es neues Bereitschaftsmodell eingeführt. Die Verpflichtung für niedergelassene ÄrztInnen zur Leistung von Nacht- und Wochenenddiensten entfällt. Bereitschaftsdienste werden künftig von AllgemeinmedizinerInnen durchgeführt, die sich freiwillig melden können. Die Honorare werden angehoben.

Kein Dienst zwischen Mitternacht und 7:00 Uhr
Anrufe gehen nicht mehr direkt zum Arzt sondern werden in einer Telefonzentrale vorgefiltert. Dort wird entschieden ob es zu einer Visite kommt oder nicht. Zwischen 18:00 und 24:00 Uhr ist die Dienststelle einfach besetzt. Samstag, Sonn- und Feiertag versehen in der Zeit von 7:00 bis 18:00 Uhr zwei ÄrztInnendienst. In unserer Region wird es zwischen Mitternacht und 7:00 Uhr überhaupt keinen Ärztebereitschaftsdienst mehr geben. Es bleiben nur mehr die Rettung und die Spitalsambulanzen.

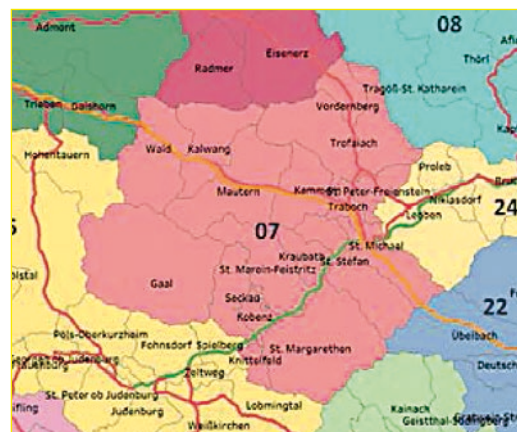
Riesige Sprengel

Statt der bisher 92 Sprengel gibt es künftig nur mehr 24 Regionen. Knittelfeld gehört zur „Region 07“, diese umfasst ein riesiges Gebiet - von Knittelfeld, der Gaal, über Trofaiach und Traboch bis Wald am Schoberpass.

Die KPÖ befürchtet eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und eine verstärkte Belastung der Rettungsdienste und der Ambulanzen. Deshalb hat KPÖ-Stadträtin Renate Pacher das Thema im Gemeinderat eingebracht. Wir wollten wissen, ob die Gemeinden in der Planung des neuen Modells eingebunden wurden und ob Widerstand seitens der Gemeinden geplant ist.

„**Die** Größe der neuen Bereitschaftsregionen ist leider kein Aprilscherz. Zwischen Knittelfeld und Wald am Schoberpass sind es mehr als 50 km. Ein einziger Arzt wird sich vor allem bei schlechten Fahrverhältnissen schwer tun dieses Gebiet abzudecken. Dass es zwischen Mitternacht und 7:00 Uhr keinen Bereitschaftsdienst mehr gibt ist eine Verschlechterung der Versorgung“, so KPÖ Stadträtin Renate Pacher

Stadtrat Erwin Schabhüttl erklärte, dass sich die



Für die riesige Region 7, zu der Knittelfeld gehört, wird es künftig nur einen Bereitschaftsarzt geben

Stadtgemeinde bei Landesrat Christopher Drexler in Graz informieren ließ. Man wolle keine Panik schüren und abwarten wie das neue System funktioniert. Nötigenfalls könne es Nachbesserungen geben.

Es ist gut, dass sich die Gemeinde beim Landesrat informiert hat. Aber das Büro von Landesrat Drexler hat die Änderungen ausgearbeitet und befürwortet sie natürlich. Die gelieferten Informationen werden deshalb wohl sehr im Sinne der Landesregierung sein.

Auf der Diskussionsveranstaltung der KPÖ hat Gemeindefürsprecher Dr. Heimo Korber Bedenken geäußert. Er werde aufgrund der Größe der Region für diese Dienste nicht zur Verfügung stehen. Ähnliches ist von mehreren ÄrztInnen zu hören. Ob sich genug ÄrztInnen für den Bereitschaftsdienst melden ist unklar.

Ebensowenig sind Pläne bekannt, wie reagiert wird wenn das System nicht funktioniert. Auch SPÖ-GR Anica Lassing (Krankenschwester) meinte, man wisse auch in den Spitalambulanzen nicht was auf sie zukomme.

Das neue Notdienstsystem wurde ohne Einbindung der Bevölkerung im stillen Kämmerlein ausgeheckt.

Fortsetzung ➔

Fortsetzung ➔

900.000 Menschen sind betroffen

Vom neuen Modell sind rund 900.000 SteirerInnen betroffen. Es bringt eine Ausdünnung der ärztlichen Versorgung. Widerstand der Gemeinden wäre **jetzt** notwendig. Ist das neue Modell erst eingeführt, wird es kaum mehr ein Zurück zu den derzeitigen 24-Stunden-Bereitschaftsdiensten geben.

Die KPÖ hat ihre Besorgnis über das neue Modell in einer dringlichen Anfrage an Landesrat Christopher Drexler im Landtag zum Thema gemacht.

Offensichtlich sehen auch VertreterInnen aus der Ärzteschaft das neue Bereitschaftssystem kritisch. Nebenstehender Aushang ist in Ordinationen zu lesen ➔

.....

Nur ein Frauenarzt mit Kassenvertrag im Murtal

Der Ärztemangel ist hausgemacht

Der Mangel an ÄrztInnen trifft auch das Murtal stark. Für mehr als 35.000 Frauen steht nur ein Frauenarzt mit Kassenvertrag zur Verfügung. Der ist natürlich überlastet und nimmt keine Patientinnen mehr. Es gibt auch zu wenig KinderärztInnen. Im Bereich der AllgemeinmedizinerInnen steht eine große Pensionierungswelle bevor.

Der bestehende Ärztemangel wird sich also noch verschärfen. Die Menschen bezahlen die Zeche für die Versäumnisse der letzten Jahre. Den Frauen in unserer Region bleibt schon jetzt keine Möglichkeit als zum Wahlarzt zu gehen. WahlärztInnen können über die Höhe ihres Honorars selbst entscheiden, die Krankenkasse übernimmt nur einen Teil der Kosten. Für Menschen mit geringem Einkommen oder chronisch Kranke ist das ein großes finanzielles Problem.

Auch die Wartezeiten auf Facharzttermine sind oft unzumutbar lang und gefährden die Gesundheit der Menschen. Die aktuellen Maßnahmen der GKK, nämlich die Niederlassung von KassenfachärztInnen mit Geldzuschüssen zu fördern sind zu begrüßen, werden aber nicht ausreichen.

Damit das Recht aller Menschen auf medizinische Versorgung unabhängig vom ihrem Einkommen umsetzbar ist, muss der Ärztemangel langfristig gelöst und der Trend zu Wahlarztpraxen gestoppt werden. Es braucht daher eine Ausbildungsoffensive.

Es muss eine an den Bedürfnissen angepasste Anzahl von MedizinerInnen ausgebildet werden. Dazu fordern wir die deutliche Lockerung der Zulassungsbeschränkungen zum Studium der Medizin und eine deutliche Anhebung der Studienplät-

INFORMATION BEREITSCHAFTSDIENST

Liebe Patientin, lieber Patient!

Ab 1. April 2019 gibt es ein neues Dienstschema in unserem Bezirk und in der gesamten Steiermark. Leider werden die Ordinationen am Wochenende nicht mehr geöffnet, sondern es gibt nur mehr einen Visitendienst. Dieser wird zentral vom Roten Kreuz Steiermark von Graz aus geleitet. Ab 24 Uhr gibt es nur mehr einen Telefonarzt und die Rettung.

Wir wurden zu diesem Dienstschema nicht gefragt. Die Politik wollte diese Umstellung haben. Die Dienstsprengel sind viel größer und damit die Fahrzeiten für uns Ärzte viel länger.

Unter der Telefonnummer **141** kommen Sie direkt an die Rettungsleitstelle.

Auch unter der Nummer **1450** (Gesundheitsnummer) können Sie Auskunft erhalten.

Ihre niedergelassenen Ärzte des Bezirks Murtal

ze. Ein Problem ist, dass viele fertige ÄrztInnen nach dem Studium ins Ausland gehen. Daher sollten Studierende über ein Stipendium verpflichtet werden einige Jahre in der Steiermark als ÄrztInnen tätig zu sein.

Die Entlohnungsschemata im niedergelassenen und stationären Bereich dürfen sich nicht wesentlich unterscheiden. Die Verdienstmöglichkeiten in den unterschiedlichen medizinischen Disziplinen müssen angeglichen werden um eine gleichmäßige Versorgung zu sichern. In Mangelbereichen sind diese Maßnahmen verstärkt anzuwenden. Um WahlärztInnen Anreize zu bieten, Kassenstellen anzunehmen, sollte auch über eine Erhöhung der Vergütung nachgedacht werden.

Die „Zwei-Klassen-Medizin“ ist bereits Realität. Menschen die sich einen Wahlarzt bzw. eine Zusatzversicherung leisten können sind bevorzugt. Das ist ein Unrecht. Die bestmögliche medizinische Versorgung muss allen Menschen offenstehen, egal wie hoch ihr Einkommen ist.

Was hat die KPÖ zum Thema Gesundheit zu sagen?

Die KPÖ-Steiermark hat die Gesundheitsversorgung genau unter die Lupe genommen. Wir zeigen auf was gut läuft, aber auch wo die Probleme liegen. Und wir machen auch konkrete Lösungsvorschläge.

In einer Broschüre haben wir unsere Vorstellungen zusammengefasst. Wir schicken sie gerne zu. Bestellungen an:

**KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10,
8720 Knittelfeld, Tel.: 03512/82240
E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at**

P.S.: Zu dieser Broschüre gibt es auch eine Langfassung. Sie ist unter:

www.kpoe-steiermark.at/gesundheitspapier.phtml erhältlich. Wir schicken sie ebenfalls gerne zu.

Nein zu Scheinlösungen -

Deshalb Nein zum teilweisen Alkoholverbot am Hauptplatz

Wenige Stunden vor Beginn der letzten Gemeinderatssitzung hat die SPÖ einen Dringlichkeitsantrag eingebracht um ein Alkoholverbot am Hauptplatz auf den Weg zu bringen. Der Bürgermeister wurde beauftragt eine entsprechende Verordnung zu verfassen. Allerdings ist an kein allgemeines Alkoholverbot gedacht. In Gastgärten und bei Veranstaltungen soll unbegrenzter Alkoholkonsum weiterhin erlaubt sein. Die KPÖ und ein Mandatar der SPÖ haben gegen diesen Antrag gestimmt.

Wir halten es für falsch eine derartige Maßnahme ohne breite Diskussion, ohne Hinzuziehung von ExpertInnen und ohne Abschätzung der Folgen eilig zu beschließen. Bis zur - von der SP-Fraktion im Antrag erwähnten - Eröffnung des Hauptplatzes wäre noch genügend Zeit für eine ordentliche Debatte gewesen.

Verschiedene wissenschaftliche Studien belegen: Alkoholverbote sind keine Lösung von Problemen, sie verschieben sie nur. Die Probleme werden lediglich zu anderen Orten verlagert. Menschen mit wenig Geld und Randgruppen werden dadurch gezwungen in andere öffentliche Bereiche abzuwandern. Es bleibt also nur abzuwarten, bis anderenorts die selben Probleme wieder auftauchen.

Zusätzlich berichten StreetworkerInnen und SozialarbeiterInnen, dass ihre Arbeit durch solche Verbotszonen erschwert wird. Ihre KlientInnen werden oft soweit verdrängt, dass sie schlichtweg schwer, oder gar nicht mehr, aufzufinden sind. Damit erreichen sie dann bestimmte Angebote an Sozialarbeit und Problemlösung nicht mehr.

Zudem ist das geplante Verbot kein Totalverbot: In Gastgärten und bei Veranstaltungen ist unbegrenzter Alkoholkonsum weiterhin erlaubt. Studien haben gezeigt, dass durch Alkoholkonsum bedingte Probleme (Vandalismus, randalieren...) zum größeren Teil von BesucherInnen von Lokalen ausgehen.

Angesichts dieser Fakten wird sich der Bürgermeister den Vorwurf gefallen lassen müssen, dass nicht die Lösung von Alkoholproblemen das Ziel dieser Maßnahme ist, sondern dass bestimmte Personengruppen vom schönen, neuen Hauptplatz verdrängt werden sollen.

Probleme mit Alkohol im öffentlichen Raum



müssen ernst genommen werden. Ein Alkoholverbot in Teilen des Hauptplatzes wird nur sehr beschränkt zur Lösung beitragen. Gegen Ruhestörung, Müll oder die Belästigung von PassantInnen muss vorgegangen werden. Das ist aber mit der bestehenden Rechtslage (Erregung öffentlichen Ärgernisses) bereits möglich. Alkohol- und Rauchverbote auf Spielplätzen und direkt vor Schulen halten wir aber für zweckmäßig.

Wir sind dafür die Probleme an der Wurzel zu packen statt Scheinlösungen anzubieten. Dazu braucht es eine umfassende Strategie, die auf Prävention und soziale Arbeit setzt. Dabei müssen SozialarbeiterInnen und ExpertInnen von Anfang an eingebunden werden. Wichtig wäre es auch die gesellschaftliche Akzeptanz von Alkoholkonsum zu hinterfragen.

Bei Festen und Veranstaltungen, aber auch im Alltag, wird Alkoholkonsum ohne weiteres akzeptiert. Nur wenn jemand bereits sehr auffällig ist, oder es sich um Randgruppen handelt, gibt es Kritik. Auch diese positive Grundstimmung zum Alkoholkonsum ist mit schuld, dass in Österreich etwa 340.000 Menschen als alkoholkrank gelten. Knapp 735.000 Österreicher konsumieren Alkohol regelmäßig in einem gesundheitsschädlichen Ausmaß.

- Sind Sie auch der Meinung, dass es mit der Welt **so nicht weiter** gehen kann?
- Sind Sie **gegen Privatisierung** und Sozialabbau?
- Reicht es Ihnen** auch, dass immer nur die Gleichen profitieren?
- Interessieren Sie sich** für **Gemeindepolitik**?



Dann suchen wir genau Sie!

Anfang 2020 wird der Gemeinderat neu gewählt.
Kommen Sie vorbei oder melden Sie sich bei uns!

Friedensstraße 10, Knittelfeld, Telefon: 03512/82240,
Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at oder bei unseren
GemeinderätInnen in Knittelfeld, Spielberg oder Zeltweg.

Kein Steuergeld für die Airpower! **Antrag der KPÖ von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt**

Im September findet die Airpower wieder statt. Diese Veranstaltung verursacht hohe Kosten. Durch die Flugzeuge und das erhöhte Verkehrsaufkommen entstehen zusätzliche Abgase. Außerdem ist damit zu rechnen, dass Kampfflugzeuge aus kriegführenden Ländern teilnehmen werden.

Tage davor und danach wird das Aichfeld zur Lärmhölle. Kranke oder gebrechliche Menschen haben keine Möglichkeit davor zu fliehen. Dazu kommt, dass eine Flugschau auch immer eine Gefährdung der Bevölkerung bedeutet.

Das vergangene Jahr war das Wärmste seit Beginn der Aufzeichnungen. Turbulente Wetterphänomene häufen sich. Seit dem Jahr 2000 lag die Durchschnittstemperatur in jedem Jahr über dem Jahrhundertmittelwert. In einer Situation, in der es immer notwendiger wird mit nachhaltiger Politik gegenzusteuern, ist die Airpower ein fatales Signal.

Wie kann von den BürgerInnen ein Bewusstsein in Sachen Klimaschutz erwartet werden, wenn die öffentliche Hand ein energieintensives, umweltschädigendes Spektakel fördert? Knittelfeld ist Klimashutzgemeinde und deshalb besonders verpflichtet gegen klimaschädigende Veranstaltungen aufzutreten.

Knittelfeld war im Zweiten Weltkrieg eine der meistbombardierte Städte Österreichs, Bombenflugzeuge haben unsägliches Leid über die Bevölkerung gebracht. Genau mit jener Waffengattung, die auch bei der Airpower präsentiert wird, wurden und werden Menschen getötet.

Kampfflugzeuge sind Waffen, die gebaut und entwickelt wurden um Kriegseinsätze zu fliegen und

Wirtschaftsinteressen viel wichtiger als Klimaschutz

In Sonntagsreden wird von der Wichtigkeit des Klimaschutzes gesprochen. Leider nur hohle Worte. In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen Antrag zur Airpower eingebracht. Wem Klimaschutz wichtig ist hätte zustimmen müssen.

Die FPÖ bekannte sich aus wirtschaftlichen Gründen voll und ganz zur Airpower. Die ÖVP meinte zwar die Airpower sei nicht die klügste Veranstaltung, aber die wirtschaftlichen Interessen gingen vor. Die SPÖ erklärte, vieles im Antrag sei richtig, stimmte aber im Sinne der Wirtschaft dagegen. Nicht einmal die Umweltreferentin stimmte mit uns.

Dieses Abstimmungsergebnis ist ein gutes Beispiel dafür, wie falsch fast alles in der Politik derzeit läuft. Die Interessen der Wirtschaft stehen immer an erster Stelle. Egal wie umweltschädigend oder fragwürdig Veranstaltung oder einzelne Maßnahmen sind, wenn die Interessen der Wirtschaft betroffen sind wird im Sinne der Profitsicherung entschieden.

Antrag der KPÖ

Die Airpower ist aus spar-, lärm-, umwelt-, energie- und friedenspolitischen Aspekten keine Veranstaltung, die aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden sollte. Daher werden Bund und Land Steiermark aufgefordert keine Steuermittel für diese Veranstaltung auszugeben.

Weiters fordert der Gemeinderat, die dadurch eingesparten Mittel den Aichfeldgemeinden für Umweltprojekte und gewaltfreie friedenserzieherische Maßnahmen an den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Menschen zu töten. Der Einsatz und die Wirkungsweise dieser Waffen wird meist verharmlosend und auf technische Details reduziert dargestellt. Gerade aus seiner Geschichte heraus hat Knittelfeld eine besondere Verpflichtung gegen eine Waffenschau und die Verharmlosung von Waffen die Stimme zu erheben.

Das Land Steiermark finanziert ein Drittel der Airpower mit Steuergeldern in der Höhe von 1,3 Mio. Euro. Die Art und Weise der Förderung der Airpower 2013 wurde vom Rechnungshof heftig kritisiert. Gleichzeitig fehlen den Gemeinden oft die nötigen Mittel um sinnvolle Investition in Sachen Umweltschutz zu tätigen. Eine Verlagerung der Mittel für die Airpower zu den Aichfeldgemeinden wäre auch im Sinne der Nachhaltigkeit von Investitionen sinnvoll.

Die KPÖ hat im Gemeinderat den obenstehenden Antrag gestellt. Er wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP abgelehnt, nur SPÖ-GR Claus Trost stimmte mit uns.

Dieses oberste Prinzip der Gewinnmaximierung und Profitsicherung führt zu Ausbeutung, Armut und sozialer Ungerechtigkeit. In der Frage des Klimawandels geht es um das Überleben der Menschheit. Es stellt sich die Frage, ob in unserem profitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftssystem wirksamer Klimaschutz überhaupt eine Chance hat.

Daten zur Klimakatastrophe

In der Wissenschaft herrscht große Einigkeit, dass die weltweite Durchschnittstemperatur nicht um mehr als zwei Grad steigen darf, damit die Folgen des Klimawandels noch einigermaßen beherrschbar sind, besser wären 1,5 Grad.

Damit dieses Ziel erreicht werden kann, muss der Ausstoß von CO₂ **drastisch** reduziert werden. Bleibt es beim derzeitigen Ausstoß, wird sich das Weltklima in 24 Jahren um zwei Grad und in nur neun Jahren um 1,5 Grad erwärmen.

Aus dem Ausschuss Kinder, Jugend und Familie:**Idee für einen Motorikpark
gefiel allen Fraktionen**

In Gamlitz gibt es den größten Motorikpark Europas. Dort kann man auf 30 Stationen und bei rund 100 Übungselementen Koordination und Motorik trainieren. Viele meiner Bekannten machen, auch mit ihren Kindern, Ausflüge dorthin.

Ich bin Pädagogin und für die KPÖ im Gemeinderatsausschuss für Kinder Jugend und Familie. Ein Motorikpark in Knittelfeld wäre eine gute Sache. Denn dort ließen sich Motorik und Koordination bei Kindern, Jugendlichen und auch Erwachsenen gezielt trainieren und verbessern. Außerdem wäre es auch eine Touristenattraktion für unserer Stadt.

Deshalb habe ich diese Idee im Ausschuss Kinder-Jugend- und Familie eingebracht. Es hat mich besonders gefreut, dass SPÖ, ÖVP und FPÖ von dieser Idee angetan waren. Auch eine Fahrt der Mitglieder des Ausschusses zur Besichtigung nach Gamlitz wurde angedacht. Es wäre schön, wenn dieser Anstoß zu einem Motorikpark in Knittelfeld führen würde.

**Sylvia Lammer****Neue Kinderkrippe**

In Zusammenarbeit von Gemeinde und KAGes sollen am Gelände des Landespflegezentrums zwei Kinderkrippen- und eine Kindergartengruppe entstehen. Diese neue Kinderbetreuungsstätte soll nicht nur KAGes-MitarbeiterInnen, sondern allen Eltern offen stehen. Betreiber wird die Volkshilfe.

Irritiert im Schreiben der KAGes an Finanzreferent Harald Bergmann hat uns der Satz „Hinsichtlich der Finanzierung halte ich deinen Vorschlag vom Oktober fest, dass die geplante Kindergartengruppe auf Grund einer geplanten Standortverlegung einer anderen Gruppe zur Gänze von der Stadtgemeinde finanziert wird“.

Die Errichtung einer Kinderkrippe ist sehr zu begrüßen. Aber die Entstehung einer neuen Betreuungseinrichtung darf nicht auf Kosten einer anderen Knittelfelder Kindergartengruppe gehen. Wir haben deshalb nachgefragt wie dieser Satz zu verstehen ist. Finanzreferent Bergmann hat uns versichert, dass nicht an die Schließung einer Knittelfelder Gruppe gedacht sei.

**Aus dem
Gemeinderat****Archiv****Obersteirische Nachrichten**

Der Gemeinderat hat beschlossen ein Anbot für den Kauf des Archivs der „Obersteirischen Nachrichten“ aus der Konkursmasse zu stellen. Es wurden 5.000 Euro geboten.

Es ist schade, dass eine solch traditionsreiche Zeitung nicht mehr erscheint.

Fahrsicherheitspark

Eine Umfrage hat ergeben, dass einige Kinder und Jugendliche das Fahrrad nicht benutzen, weil sie niemals gelernt haben ordentlich Fahrrad zu fahren.

Dem soll durch die Errichtung eines Fahrradsicherheitsparks zum Erlernen und Üben und einer „Pumptrack-Strecke“ am Gelände des ehemaligen Dirt-Bike-Parks vor dem Sportzentrum entgegengewirkt werden.

Der Fahrradpark soll in Zusammenarbeit mit dem FC Rapso allen Schulen im Murtal offenstehen. Die Errichtung des Sicherheitsparks wird rund 83.200€ kosten. Für die Pumptrackstrecke sind 45.000 € eingeplant. Eine gute Idee, der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Knittelfelder**NACHRICHTEN****Herzlichen Dank**

Einige KnittelfelderInnen haben uns eine Spende für unsere Zeitung geschickt. **Wir bedanken uns herzlich!** Wenn auch Sie uns eine Spende für unsere Zeitung geben wollen, unsere Bankverbindung: Steiermärkische Sparkasse, IBAN: AT052081526000000617

BINDER
WILLKOMMEN BEI UNS!  GMBH

Schulgasse 11 / Ecke Parkstraße
A-8720 Knittelfeld
Tel.: 03512 / 820 25
office@binder-gmbh.at
www.binder-gmbh.at



Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten wird darüber berichtet.

**www.kpoe-steiermark.at
KPÖ-StR. Renate Pacher und KPÖ-Murtal
sind auch auf Facebook**

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger:
KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld.
F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher.
Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.

KPÖ-Sozialfonds 2018



KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler, KPÖ-Stadträtin Renate Pacher und DSA Karin Gruber

Seitdem KPÖ-MandatarInnen in Funktionen gewählt wurden, die mit einem hohen Politikerbezug verbunden sind, liefern sie einen beträchtlichen Teil dieses Geldes in den KPÖ-Sozialfonds ab. Mit den eingezahlten Geldern werden bedürftige Menschen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder in einer Pressekonferenz offen.

Seit die KPÖ im Landtag ist, gibt es auch in der Obersteiermark den KPÖ-Sozialfonds. Wir führen Sozialsprechstunden durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Karin Gruber unterstützt werden.

Für KPÖ-MandatarInnen gibt es eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro. Claudia Klimt-Weithaler, betont die Bedeutung der Einkommensobergrenze für die politische Arbeit: „Als KPÖ-Klubobfrau im Landtag würde ich ca. 6.000 Euro netto im Monat bekommen. Mit so einem hohen Einkommen verliert man das Verständnis für die Sorgen und Probleme der Menschen. Um die Mehrheit der Menschen glaubwürdig und konsequent vertreten zu können, gibt es diese Obergrenze.“

Die KPÖ hat nur zwei Landtagsabgeordnete. Ihre Einzahlungen in den Sozialfonds kommen Menschen in der ganzen Steiermark zu Gute. Deshalb können wir einzelnen Personen nur kleine Beträge geben. Viele Menschen müssen mit ganz kleinen Einkommen auskommen, da sind zwanzig oder dreißig Euro bereits eine Hilfe.

Karin Gruber „Nach der Senkung der Wohnunterstützung kommt mit der Verschlechterung der Mindestsicherung der nächste Schlag. Für den täglichen Lebensbedarf wird dann noch weniger übrig bleiben. An der Höhe der Fixkosten wird sich aber nichts ändern.“

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Freitag, 22. Februar

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 11.00 bis 13.00 Uhr,

Voranmeldung: 03512/ 82240

KPÖ-Sozialfonds 2018

Bezirk Murtal

Zinsen und Rest von 2017	34,36 Euro
Einzahlungen 2018	
LABg. Werner Murgg	4.680,00 Euro
Summe	4.714,36 Euro

Ausgaben:

Für 128 Unterstützungsfälle:	4.625,00 Euro
Saldo: als Plus für 2019	89,36 Euro

KPÖ Sozialfonds Obersteiermark West

Seit Oktober 2005 gab es 2.037 Unterstützungsfälle, die mit einer Gesamtsumme von 116.742,87 Euro unterstützt wurden.

KPÖ-Sozialfonds steiermarkweit:

Gesamtausgaben für Sozialunterstützungen 2018: 175.555,95 Euro für 1.637 Personen.

Seit 1998 wurden 16.386 Personen mit einer Gesamtsumme von 2.126.558,33 Euro unterstützt.

Für KPÖ-PolitikerInnen gilt eine Einkommensgrenze von 2.300 Euro im Monat

Renate Pacher: „Gegen BezieherInnen von Sozialleistungen und einen gut funktionierenden Sozialstaat wird Stimmung gemacht. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass dem Staat durch Schattenwirtschaft, Korruption, Steuer- und Förderungsbetrug und anderen Arten von Wirtschaftskriminalität 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts verloren gehen. Das sind rund 55(!) Milliarden Euro. Darüber wird der Mantel des Schweigens gelegt. Es ist genug Geld vorhanden, es ist nur in den falschen Händen.“

Einladung zum KPÖ- Stammtisch

Mi. 6. März
Thema: Bedingungsloses
Grundeinkommen

Reden, diskutieren, sich informieren
Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat

KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10, ab 17.00 Uhr

Buchhandlung in Knittelfeld

Steinberger Hof

Kirchengasse 6

Telefon 03512 71 374

www.steinbergerhof.at

Unser Gesundheitssystem vor Privatisierung schützen

Die KPÖ macht sich Sorgen um die Zukunft unseres Gesundheitssystem. Um Probleme und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen, haben wir zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen. Martin Schriegl-Rümmele, Gesundheitsexperte und Autor, Mag. Karin Reimelt, Leiterin des Büros des KPÖ-Landtagsklubs und Dr. Heimo Korber, Allgemeinmediziner und Gemeindefeuerarzt haben diskutiert und Fragen beantwortet.



Dr. Heimo Korber berichtete über die täglichen Herausforderungen für LandärztInnen und die Risiken einer freiberuflichen Tätigkeit. Als Beispiel nannte er die abgeschaffte Institution der DistriktärztInnen. Diese waren früher Landesbeamte und so sozial abgesichert. Er meinte es wäre sinnvoll, wenn sich die ÄrztInnen besser vernetzen und zeitlich abstimmen würden. Und in Richtung Landesregierung: „Gesundheitspolitik sollte nicht am Reißbrett gemacht, sondern breit, mit allen Betroffenen, diskutiert werden.“

Explodieren die Kosten?

Schriegl-Rümmele lehnt, wie die KPÖ, Einsparungen im Gesundheitswesen ab. Sowohl er, als auch Karin Reimelt zeigten auf, dass unser Gesundheitssystem weiterhin finanzierbar ist. Obwohl die Menschen immer älter werden und der Anteil Älterer steigt, blieben die Kosten in den vergangenen Jahren im wesentlichen stabil. Der Anteil der Gesundheitskosten, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, ist in den vergangenen Jahren nur minimal gestiegen.

Privatisierung droht

Mag. Karin Reimelt sprach von den Interessen privater Versicherungskonzerne die hinter dem Gerede von einer Kostenexplosion stecken. „Gesundheit ist

ein schwankungssicherer Markt, den private Unternehmen für sich geöffnet haben wollen. Die EU verlangt das Wachstum der Gesundheitsausgaben zu drosseln. Die Ausgaben werden künstlich gesenkt und die Versorgung verschlechtert. Dadurch werden den Privaten Geschäftsfelder eröffnet.“

Pflichtversicherungen und Versicherungspflicht wurden verglichen. Die Abschaffung der Versicherungspflicht würde die Sozialversicherungen dazu zwingen Kunden zu werben, was die Verwaltungskosten in die Höhe treiben würde. In Deutschland (Pflichtversicherungssystem) sind die Kosten und die Profite gestiegen, die Leistungen wurden trotzdem gesenkt.

Gesundheitssystem erhalten und ausbauen Das Solidaritätsprinzip in unserem Versicherungssystem wurde von allen am Podium begrüßt. Egal warum jemand krank ist, jeder muss das Recht auf gute Behandlung haben. Eine weitere Privatisierung und Liberalisierung wird weitere Verschlechterungen bringen. Wer Verbesserungen will muss sich für den Erhalt der öffentlichen Gesundheitsversorgung einsetzen.



Zuschuss zur Fassade:

Leider nur für die Innenstadt

Bis zum Jahr 2011 gab es zur Verschönerung des Ortsbildes von der Stadtgemeinde einen Zuschuss zur Fassadenfärbelung, der für Objekte im gesamten Stadtgebiet beantragt werden konnte. Dann wurde dieser Zuschuss mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ ersatzlos gestrichen. Die KPÖ hat diese Kürzung damals abgelehnt.

Nun wird die Fassadenförderung wieder aufleben. Der Zuschuss wird zehn Euro pro Quadratmeter für von der Straße einsehbare Flächen betragen. Allerdings nur für das Jahr 2019 und nur für Objekte in der Innenstadt.

Wir waren der Meinung es ist gut, dass es den Zuschuss wieder gibt - aber er sollte für das ganze Stadtgebiet gelten. Denn nicht nur im Bereich der Innenstadt, sondern in allen Teilen von Knittelfeld ist eine Verschönerung des Ortsbildes wichtig. Andere Stadtgebiete sollten gegenüber der Innenstadt nicht benachteiligt werden.

Deshalb haben wir den Antrag gestellt, die Fassadenaktion auf das gesamte Stadtgebiet von Knittelfeld auszudehnen. Leider wurde unser Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Das ist uns unverständlich. Im Jahr 2011 - dem letzten Jahr der Gewährung - vergab die Gemeinde rund 14.400 Euro an Zuschüssen. Also keine gewaltige Summe. In die Innenstadt werden Millionen investiert, die anderen Ortsteile sind den Verantwortlichen offensichtlich nicht so wichtig.

**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Arbeiterkammer-Wahl

28. März - 10. April



Gerhard Simbürger

Stahlarbeiter und
AK-Rat, Fohnsdorf

Leistbares Wohnen statt explodierender Mieten, sichere Vollzeit Arbeitsplätze statt prekärer Jobs, es darf nicht von Jahr zu Jahr schlimmer werden – dafür braucht es eine starke Arbeiterkammer.



Sylvia Lammer

Sozialpädagogin und
KPÖ-Gemeinderätin,
Knittelfeld

Ich kandidiere für den GLB um einerseits bessere Arbeitsbedingungen in meinem Berufsfeld zu erkämpfen. Andererseits bin ich als Sozialpädagogin ständig mit Armut und den daraus folgenden negativen Auswirkungen konfrontiert. Aufgabe wäre es, KlientInnen zu unterstützen wieder ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Aufgrund der fortlaufenden Kürzungs- u. Sparpolitik hat sich Armut bereits derart verfestigt, dass die Menschen fast keine Möglichkeit mehr haben aus ihren unverschuldeten prekären Lebensverhältnissen zu entkommen. Armut wird oftmals nur mehr verwaltet. Der GLB zeigt diese Missstände auf und versucht sie zu beenden.



Renate Pacher

KPÖ-Stadträtin in Knittelfeld

Wir von der KPÖ setzen uns konsequent für die Anliegen der Arbeiter und Angestellten ein. Durch unsere tägliche Arbeit erfahren wir von vielen Menschen, wo der Schuh drückt. Bei der AK-Wahl kandidiert der Gewerkschaftliche Linksblock zusammen mit der KP

Georg Lehrmayer

Taxifahrer, Kobenz



Ich war lange Jahre im Gastronomie/Tourismus-Bereich und bin heute Taxi-Fahrer, kenne also zwei Branchen sehr gut, in denen die Beschäftigten nicht gerade die Butterseite der Arbeitsbedingungen erwischt haben. Ich war in der Vergangenheit auch selbstständig, daher weiß ich auch, dass der „Fachkräftemangel“ hausgemacht ist. Wenn der Aufschwung der letzten Jahre nur zur Gewinnmaximierung und nicht zur Verbesserung der Bedingungen genutzt wird, sind das die logischen Folgen.



www.glb-kpoe.at



Fest zum Internationalen Frauentag

Stimmgewitter Augustin songs about liebe & hass

Gedanken zum Internationalen Frauentag

Sa. 9. März **Tombola**

Neues Volkshaus, Hans Reselgasse 2
Knittelfeld, Beginn: 17.00 Uhr

Eintritt: 5 € Vorverkauf, 6.50 € Abendkasse,
Vorverkauf: Steiermärkische Sparkasse, Hauptplatz,
Knittelfeld, KPÖ-Knittelfeld: Tel.: 03512/8 22 40



Für Speisen und Getränke ist gesorgt
Auch Männer sind herzlich willkommen!

Wir laden herzlich ein!

KPÖ wirkt!

KPÖ
BILDUNGSVEREIN